

PETRA GÖSSI – Die Schwyzer FDP-Nationalrätin warnt vor der Erbschaftssteuer und ihren verheerenden Folgen. Sie ist für unsere Volkswirtschaft Gift und würde die KMU massiv schwächen.

«Diese Steuer trifft alle»

Schweizerische Gewerbezeitung: Welche Auswirkungen hat die von den Linken geforderte Erbschafts- und Schenkungssteuer auf KMU wie auch auf Privatpersonen?

■ **Petra Gössi:** Die neue nationale Erbschaftssteuer, die auf Nachlässe und Schenkungen erhoben würde, führt zu einer zusätzlichen Steuerbelastung. Unser Geld würde bereits als Einkommen und dann als Vermögen besteuert. Bei einer Annahme der Initiative würde unser Nachlass auch noch besteuert, unabhängig davon, wer Erbe ist. Der Staat würde sich somit drei Mal an unserem Hab und Gut bedienen. Zudem würden auch Schenkungen über 20000 Franken im Jahr mit der neuen Steuer von 20 Prozent belastet. Die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen an Kinder wurde aber von den meisten Kantonen in den letzten Jahren abgeschafft. Hier liegt ein weiterer Fehler der Initiative: Sie tangiert die Finanzautonomie der Kantone. Heute liegt die Steuerhoheit in der Kompetenz der Kantone. Diesen Grundsatz durchbricht die Initiative.

«EINE UNTRAGBARE SITUATION FÜR KMU – SIE FÜHRT UNMITTELBAR IN DEN RUIN.»

Die drohende Erbschaftssteuer führt bei vielen KMU zu grossen Unsicherheiten. Können Sie hier Klarheit schaffen?

■ Die Initiative sieht Steuererleichterungen und zusätzliche Freibeträge vor, wenn ein Unternehmen durch die Erben während mindestens zehn Jahren weitergeführt wird. Da ein Unternehmer nicht immer weiss, ob seine Erben das Unternehmen überhaupt führen können oder wollen oder ob das Unternehmen zehn Jahre nach seinem Versterben noch Bestand hat, muss er enorme Rückstellungen für die latent drohende Erbschaftssteuer machen. Damit bindet er einen Grossteil der finanziellen Mittel des Unternehmens, die nicht mehr investiert werden können. Dies ist für ein Unternehmen eine untragbare Situation, die unmittelbar in den Ruin führen wird. Im Weiteren definiert die Initiative nicht, wie der Unternehmenswert berechnet werden soll. Damit wird eine weitere Unsicherheit geschaffen. Zu guter Letzt sieht die Initiative eine Rückwirkung auf 2012 vor – dies ist ein direkter Angriff auf unsere Rechtssicherheit und führt zu einem bürokratischen Monster. Im jetzigen wirtschaftlichen Umfeld sollte aber selbst unseren linken Kol-



Die Schwyzer FDP-Nationalrätin Petra Gössi kämpft mit aller Kraft gegen die Erbschaftssteuer: «Diese Steuer ist eine typische Neiddebatte. Sie schwächt nicht nur die KMU-Wirtschaft und die Schweizer Innovationskraft massiv, sondern trifft alle – nicht nur Vermögende und Unternehmer.»

legen klar sein, dass die Rechtssicherheit und Planbarkeit zu unseren wichtigsten Gütern gehören.

Viele KMU befürchten, dass die Erbschaftssteuer sie in existenzbedrohende Liquiditätsprobleme stürzen würde. Weshalb diese Ängste?

■ Ein vorsichtiger Unternehmer regelt seine Nachfolge frühzeitig. Je nach Szenario und nach Grösse der Unternehmung gehen durch die Erbschaftssteuerbelastung bis zu 35 Prozent des Eigenkapitals einer Unternehmung verloren und es fällt eine Steuerlast bis zu 32 Prozent des Unternehmenswertes an. Es ist offensichtlich, dass solche enorme Belastungen für ein Unternehmen direkt existenzbedrohend sind.

Liquidiert der Staat also die Betriebe, wenn das Erbe ausgeschlagen wird, weil anfallende Erbschaftssteuern nicht bezahlt werden können?

■ Faktisch tut er das. KMU und Familienbetriebe müssten verkauft oder

liquidiert werden, wenn die Nachfolge aufgrund der enormen Last durch die Bundeserbschaftssteuer nicht geregelt werden kann. Es ist vorhersehbar, dass ein Verkauf vor allem an Konzerne erfolgen würde, was unsere KMU-Landschaft massiv verändern würde.

«FAKTISCH WÜRD DER STAAT DIE BETRIEBE LIQUIDIEREN.»

Welche Auswirkungen hätte die Einführung der Erbschaftssteuer auf die Schweizer Volkswirtschaft?

■ Es käme aufgrund der Rechtsunsicherheit und aufgrund der hohen finanziellen Belastung der Unternehmungen zu Firmenschliessungen und zu Arbeitsplatzverlusten. Dies ist pures Gift für jede Volkswirtschaft. Zudem würde die Schweizer Innovationskraft massiv geschwächt, weil die dazu notwendigen finanziellen Mittel für die latente Erbschaftssteuerschuld gebundenen wären.

Die Initianten wollen mit ihrem Begehren die strukturellen Probleme der AHV lösen. Kann das gelingen?

■ Nein. Die AHV leidet an strukturellen Problemen. Diese können nicht durch die Zuführung zusätzlicher Mittel gelöst werden. Vielmehr muss hier der Gesetzgeber tätig werden und die heutigen Schwächen des Systems beheben.

Die Gegner sagen, die Initiative untergrabe den Föderalismus und die Kantone würden noch mehr Steuersubstrat verlieren. Ist das auch Ihre Meinung?

■ Ja. Der Kanton Schwyz zum Beispiel kennt historisch bedingt keine Erbschafts- und Schenkungssteuer. Hätte er Erbschaften und Schenkungen besteuern wollen, hätte er eine solche Steuer schon längst einführen können. Diese Finanzkompetenz liegt bei den Kantonen. Das ist ein wichtiger Grundsatz, der nicht durchbrochen werden darf.

«DIE NEUE ERBSCHAFTS- STEUER WIRD DER BEVÖLKERUNG SEHR VIEL VERMÖGEN ENTZIEHEN.»

Wie reißt sich die Erbschaftssteuer-Initiative in die lange Reihe linker Umverteilungsbegehren ein?

■ Grundsätzlich zielen alle Initiativen auf ein Ziel ab: Umverteilung, Gleichmacherei und ein Anheizen der Neiddebatte. Die Schenkungs- und Erbschaftssteuerinitiative nimmt diese Thematik auf, indem sie ein Freibetrag von 2 Mio. Franken vorsieht. Damit bezwecken die Initianten, dass viele denken: Ich habe kein Vermögen von 2 Mio. Franken, also trifft mich die neue Steuer nicht. Sollen doch die anderen bezahlen. Das ist eine typische Neiddebatte. Hier erinnere ich einfach daran, dass Schenkungen bereits ab 20000 Franken der neuen Steuer unterliegen. Diese Steuer wird deshalb sehr viele Personen treffen – nicht nur Vermögende oder Unternehmer. Die neue Erbschaftssteuer wird der Bevölkerung sehr viel Vermögen entziehen und es dem Staat für eine Umverteilung zuführen. Dagegen werden wir mit aller Kraft ankämpfen.

Interview: Corinne Remund

LINK

www.erbschaftssteuer-nein.ch

ZUR PERSON

Die 39-jährige Petra Gössi ist Schwyzer FDP-Nationalrätin und wohnt in Küssnacht am Rigi. Die Juristin ist Präsidentin der Schwyzer Kantonalpartei. Sie arbeitet bei der Steuer- und Unternehmensberatung Baryon AG in Zürich. Im Nationalrat ist sie Mitglied der Finanz-, der Gerichts- und der Redaktionskommission sowie Stellvertreterin der Immunitätskommission. Gössi ist zudem Mitglied der Gewerbekammer, des «Parlaments» des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv.

LINK

www.petragoessi.ch

EDITO

Neue Billag-Mediensteuer: Achtung Steuerfalle!



Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Seit der Aufgabe des Euro-Mindestkurses sind die Unternehmungen massiv unter Druck. Welches die Konsequenzen auf Wettbewerbsfähigkeit und Konjunkturverlauf sind, wird seit Wochen intensiv diskutiert. Eines ist aber heute schon absolut klar: In diesen schwierigen Zeiten darf der Staat die Bürgerinnen und Bürger, das Gewerbe und die Wirtschaft unter keinen Umständen noch mehr finanziell belasten. Doch genau das macht die neue Billag-Mediensteuer: Sie ist eine hinterhältige Steuerfalle. Mit der süßen Versprechung einer vorläufigen und kleinen Gebührensenkung wird die jährliche Mehrbelastung in naher Zukunft gegen 1000 Franken pro Haushalt ansteigen. Mit einem «Buebetrickli» sollen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger geködert werden. Obwohl Tausende von ihnen als Unternehmer und Arbeitnehmende über die Betriebe künftig doppelt besteuert werden, gaukeln die Medienministerin und die SRG-Bosse uns vor, die «Gebühren» würden sinken. Vertuscht wird, dass tatsächlich eine neue Kopfsteuer eingeführt wird. Verheimlicht wird ebenso, dass sich der Bundesrat einen Freipass geben will, um den von ihm selber kontrollierten Staatsender unbeschränkt mit zusätzlichen Geldern versorgen zu können. Sobald Parlament sowie Bürgerinnen und Bürger nichts mehr dazu zu sagen haben, schnappt die Steuerfalle gnadenlos und brutal zu.



Blauäugig wollen uns Politiker aus dem Lager der Befürworter weismachen, alles sei halb so schlimm. Unterschlagen wird in dieser Argumentation, dass die Wirtschaft neu mit insgesamt 200 Millionen Franken Billag-Mediensteuer belastet wird – fünfmal mehr als heute und weiss Gott kein Pappenstiel! Es sind meist dieselben Politiker, die dann gerne am Sonntag wiederum das Hohelied der KMU-Wirtschaft singen... Mit Blick auf die eidgenössischen Parlamentswahlen wird sich gerade am Beispiel der Abstimmung zur Einführung der neuen Billag-Mediensteuer exemplarisch zeigen, wer nun tatsächlich mit der eigenen Tat zur KMU-Wirtschaft steht. Der Vorstand des sgv hat jedenfalls entschieden, selber nur diejenigen Kandidierenden zu unterstützen, die sich im Abstimmungskomitee aktiv und an vorderster Front im Kampf gegen die neue Billag-Mediensteuer engagieren.

Wie absurd die neue Billag-Mediensteuer ist, zeigt sich am Beispiel einer Bauunternehmung. Diese wird neu mit über 6000 Franken besteuert. Auf Grund der Arbeitsschutzbestimmungen gilt aber auf der Baustelle ein explizites Gehörschutz-Obligatorium. Mit anderen Worten: Obschon es ausdrücklich verboten ist, am Presslufthammer Radio zu hören – verschwiegen denn TV zu schauen –, soll der Betrieb schamlos abgezockt werden. Dagegen gilt es, dezidiert und geschlossen anzutreten. Gefragt ist die Solidarität der breiten KMU-Front. Im Austausch mit den Kollegen, unseren zahlreichen Kundinnen und Kunden, am Stammtisch, in den Vereinen und Organisationen – überall gilt es diese Parole zu kommunizieren: **NEIN** zur neuen Billag-Mediensteuer – Neue Steuerfalle **NEIN!**

ANZEIGE

diga Bürokompetenz
möbel und mehr!

Seit 1859 Partner Nr. 1 des Fachgewerbes. Profitieren Sie bei diga von attraktiven **Gewerbekonditionen auf das gesamte Sortiment!**

1023 Crissier/VD 8854 Galgenen/SZ 4133 Pratteln/BL
8953 Dietikon/ZH 1700 Granges-Paccot/FR 9532 Rickenbach b. Wil/TG
8600 Dübendorf/ZH 4614 Hägendorf/SO
6032 Emmen/LU 3421 Lyssach/BE Info-Service: 055 450 55 55

I d' diga muesch higa!

✓ WOHNEN ✓ SCHLAFEN ✓ KÜCHEN ✓ BÜRO www.diga.ch

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag: Schweizerischer Gewerbeverband sgv
Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern – Tel. 031 380 14 14
Fax 031 380 14 15 – verlag@sgv-usam.ch – www.gewerbezeitung.ch
Herausgeber: Hans-Ulrich Bigler, Direktor – **Verlagsleiter:** Urs Wylter

Leitung Kommunikation: Bernhard Salzmann
Redaktion: Gerhard Enggist, Chefredaktor;
Corinne Remund, Stv. Chefredaktorin.
redaktion@sgv-usam.ch, Tel. 031 380 14 14

Anzeigen: Annoncen-Agentur Biel AG, Längfeldweg 135, 2501 Biel,
Tel. 032 344 82 95, anzeigen@gassmann.ch, **Leitung:** Roger Hauser
Herstellung: St. Galler Tagblatt AG – **Auflage:** 105 006 Exemplare (WEMF-Beglaubigung 2014). Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen